

Fragen

**für die Fragestunde der 88. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 28. Januar 2004**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	35, 36	von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	4, 5
Dr. Bergner, Christoph (CDU/CSU)	22, 23	Kretschmer, Michael (CDU/CSU)	24, 25
Blank, Renate (CDU/CSU)	16, 17	Lensing, Werner (CDU/CSU)	26, 27
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	18, 19	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	13, 14
Fischer, Hartwig (Göttingen) (CDU/CSU)	8, 9	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	21, 37
Fromme, Jochen-Konrad (CDU/CSU)	33, 34	Pau, Petra (fraktionslos)	15, 46
Dr. Gehb, Jürgen (CDU/CSU)	31, 32	Roedel, Hannelore (CDU/CSU)	12, 30
Girisch, Georg (CDU/CSU)	41, 42	Rupprecht, Albert (Weiden) (CDU/CSU)	39, 40
Gönner, Tanja (CDU/CSU)	3	Schauerte, Hartmut (CDU/CSU)	47, 48
Heinen, Ursula (CDU/CSU)	1, 2	Schummer, Uwe (CDU/CSU)	43
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	20, 38	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	28, 29
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	44, 45	Strebl, Matthäus (CDU/CSU)	10, 11
Dr. Jahr, Peter (CDU/CSU)	6, 7		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes .	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	10

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

1. Abgeordnete
**Ursula
Heinen**
(CDU/CSU) Stimmen die Äußerungen im Artikel des „TAGES-
SPIEGEL“ vom Dienstag, dem 20. Januar 2004 mit
dem Titel „Wirtschaft soll für dicke Kinder zahlen“,
nach dem die Bundesregierung die Einrichtung ei-
nes Fonds für dicke Kinder plant?
2. Abgeordnete
**Ursula
Heinen**
(CDU/CSU) Wenn ja, wer soll in diesen Fonds einzahlen, und
wer soll über die Verwendung von Mitteln entschei-
den?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

3. Abgeordnete
**Tanja
Gönner**
(CDU/CSU) Welche quantitativen Angaben liegen der Bundes-
regierung zum Export von werthaltigen Plastikabfäl-
len nach China vor, und wie werden hier Kontrollen
durchgeführt, ob eine ordnungsgemäße Verwertung
im Sinne des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgeset-
zes dieser Abfälle in China vollzogen wird?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des
Bundeskanzleramtes**

4. Abgeordneter
**Eckart
von Klaeden**
(CDU/CSU) Um was für ein Sendeformat der Deutschen Welle
handelt es sich bei der Produktion „Bergers Busi-
ness“, in dem der Unternehmensberater Roland
Berger vorgestellt wird (vgl. DIE WELT vom 15. Ja-
nuar 2004), und was hat dieser Beitrag insgesamt ge-
kostet?
5. Abgeordneter
**Eckart
von Klaeden**
(CDU/CSU) Wie begründet die Deutsche Welle die Produktion
eines Beitrags unter dem Titel „Bergers Business“
über Roland Berger vor dem Hintergrund der Fi-
nanzierung aus dem Bundeshaushalt und ihres Pro-
grammauftrags?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

- | | |
|---|--|
| 6. Abgeordneter
Dr. Peter
Jahr
(CDU/CSU) | Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, um bei einer Geiselnahme von deutschen Staatsbürgern im Ausland die Betroffenen selbst angemessen an den entstehenden Folgekosten zu beteiligen? |
| 7. Abgeordneter
Dr. Peter
Jahr
(CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung, z. B. im Rahmen einer Pflichtversicherung, deutsche Staatsbürger bei Auslandsreisen gegen Folgekosten terroristischer Aktivitäten abzusichern? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

- | | |
|--|--|
| 8. Abgeordneter
Hartwig
Fischer
(Göttingen)
(CDU/CSU) | Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob es sich bei den Exponaten der Ausstellung „Körperwelten“ von Gunther von Hagens u. a. um Leichenteile von Hingerichteten aus der Volksrepublik China handelt (vgl. DER SPIEGEL vom 19. Januar 2004)? |
| 9. Abgeordneter
Hartwig
Fischer
(Göttingen)
(CDU/CSU) | Sieht die Bundesregierung ausfüllungsbedürftige Regelungslücken im Strafgesetzbuch hinsichtlich des Schutzes von Leichenteilen? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

- | | |
|---|---|
| 10. Abgeordneter
Matthäus
Strebl
(CDU/CSU) | Trifft es zu, dass, wie mehrere Zeitungen am 30. Dezember 2003 berichtet haben, die Bundesregierung plant, die Pflegestufen 1 und 2 bei stationärer Versorgung folgendermaßen zu kürzen: Pflegestufe 1 von bisher 1 023 Euro auf 500 Euro und Pflegestufe 2 von bisher 1 279 Euro auf 1 000 Euro? |
|---|---|

- | | |
|--|--|
| 11. Abgeordneter
Matthäus
Strebl
(CDU/CSU) | Ist es weiterhin richtig, dass die Bundesregierung gleichzeitig die Pflegestufe 3 in diesem Bereich von 1 432 Euro auf 1 500 Euro anheben wird? |
| 12. Abgeordnete
Hannelore
Roedel
(CDU/CSU) | Trifft es zu, dass im Rahmen der Gesundheitsreform durch die Gleichstellung der Sozialhilfeempfänger mit den gesetzlich Krankenversicherten rund 17 000 Sozialhilfeempfänger im Januar eine Chipkarte für ihre Krankenbehandlung erhalten müssen und diese im Rahmen der Ersetzung der Sozialhilfe durch das Arbeitslosengeld II Anfang 2005 durch die Sozialämter wieder eingezogen werden müssen, und wenn ja, wie hoch ist der finanzielle Mehraufwand, der den öffentlichen Kassen hierdurch entsteht? |
| 13. Abgeordnete
Dr. Gesine
Lötzs
(fraktionslos) | Wie viele Krankenkassen haben im Jahre 2004 ihre Beitragssätze um welche Prozentsätze gesenkt? |
| 14. Abgeordnete
Dr. Gesine
Lötzs
(fraktionslos) | Wie viele Krankenkassen haben im Jahre 2004 ihre Beitragssätze um welche Prozentsätze erhöht? |
| 15. Abgeordnete
Petra
Pau
(fraktionslos) | Wie viele Einzelpersonen und Verbände haben nach Kenntnis der Bundesregierung bisher aus welchen Gründen im Hinblick auf das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung die Gerichte angerufen? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

- | | |
|---|---|
| 16. Abgeordnete
Renate
Blank
(CDU/CSU) | Wie bewertet die Bundesregierung aktuelle Berichte im „FOCUS“ vom 12. Januar 2004 sowie in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 10. Januar 2004, dass bereits begonnene Schieneninfrastrukturprojekte eingestellt bzw. geschoben werden sollen, und um welche konkreten Projekte handelt es sich hierbei? |
|---|---|

17. Abgeordnete
Renate Blank
(CDU/CSU)
- Wie geht die Bundesregierung mit der Tatsache um, dass bei der Bahnreform 1994 die Auflösung der Holdinggesellschaften sowie die Bildung völlig voneinander getrennter Aktiengesellschaften für Fahrweg, Personennahverkehr, Personenfernverkehr und Güterverkehr als zu prüfende Option vorbehalten worden ist?
18. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen wurde die Vergabe des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens „Qualitäts offensive im öffentlichen Personenverkehr – Verbraucherschutz und Kundenrechte stärken“, das das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen auf der Grundlage des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 4. Juli 2002 (Bundestagsdrucksache 14/9671) ausgeschrieben und bereits vergeben hatte, zurückgezogen?
19. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)
- Wie gedenkt die Bundesregierung vor diesem Hintergrund den Beschluss des Deutschen Bundestages vom 4. Juli 2002 (Bundestagsdrucksache 14/9671), der eine Bestandsaufnahme u. a. mit dem Ziel einer Verbesserung der haftungsrechtlichen Situation von Fahrgästen gegenüber Verkehrsunternehmen bei mangelhafter Leistung fordert, umzusetzen?
20. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung – ähnlich wie in der Schweiz – eine Liste zu veröffentlichen, in der die Airlines bekannt gemacht werden, die häufiger oder durch besonders grobe Sicherheitsmängel aufgefallen sind, und wenn nein, warum nicht?
21. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)
- Wann gedenkt die Bundesregierung nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, Az. 4 A 11.02 vom 15. Januar 2004, wonach der Bau der Bundesautobahn A 73 (Suhl–Lichtenfels) im Abschnitt Ebersdorf bei Coburg bis Lichtenfels freigegeben wurde, den Bau des vorbenannten Autobahnabschnitts zu beginnen, und sind hierfür ausreichende Finanzmittel vorhanden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und
Forschung**

22. Abgeordneter
Dr. Christoph Bergner
(CDU/CSU)
- Welche Position vertrat die Bundesregierung auf dem Treffen der Vertreter der großen EU-Länder am 8. Januar 2004, zu der der britische Wissenschaftsminister Lord David Sainsbury seine Amtskolleginnen und Kollegen sowie Wissenschaftler auf dem Gebiet der Neutronenforschung eingeladen hatte, um über das Projekt einer Europäischen Neutronenspallationsquelle (ESS, European Spallation Source) zu beraten?
23. Abgeordneter
Dr. Christoph Bergner
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass sich mit Sitz in Grenoble eine Folgeeinrichtung des „ESS-Council“ gründet, um den Bau einer Europäischen Neutronenspallationsquelle vorzubereiten?
24. Abgeordneter
Michael Kretschmer
(CDU/CSU)
- Welche finanziellen Auswirkungen haben die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Neuordnungen im Bereich Hochschulbau und Finanzierung der Forschungsorganisationen für den Bund und die einzelnen Bundesländer?
25. Abgeordneter
Michael Kretschmer
(CDU/CSU)
- Wie wird der Ausschluss von grundfinanzierten Einrichtungen aus der Projektförderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung – BMBF – (zusätzliche Projektförderung des BMBF an institutionell geförderten Forschungseinrichtungen) im Vergleich der verschiedenen Forschungsorganisationen umgesetzt (vgl. Schreiben des Staatssekretärs im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Dr. Wolf-Dieter Dudenhausen, vom 6. November 2003 an den Präsidenten der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, Prof. Dr.-Ing. E. h. Hans-Olaf Henkel)?
26. Abgeordneter
Werner Lensing
(CDU/CSU)
- Wie ist der derzeitige Stand der Planungen der Bundesregierung zur Einführung einer so genannten Ausbildungsplatzabgabe?

- | | |
|--|--|
| 27. Abgeordneter
Werner
Lensing
(CDU/CSU) | Wie hoch schätzt die Bundesregierung unter Berücksichtigung der derzeitigen Sachlage den personellen Aufwand bzw. die Kosten für die Verwaltung einer derartigen Ausbildungsplatzabgabe ein? |
|--|--|

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

- | | |
|---|--|
| 28. Abgeordneter
Johannes
Singhammer
(CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung in größerem Umfang bundeseigene Wohnungen zu veräußern, und wenn ja, kann sie ausschließen, dass es zu Verkäufen von bundeseigenen Wohnanlagen, Teilstücken von bundeseigenen Wohnanlagen oder auch einzelnen bundeseigenen Wohnungen im Bereich der Landeshauptstadt München kommen wird? |
| 29. Abgeordneter
Johannes
Singhammer
(CDU/CSU) | Was hat die Bundesregierung veranlasst, im Februar 1999 die Verwaltungsvorschrift aus der Vorschriftensammlung Bundesfinanzverwaltung Abschnitt VV 1032, wonach sich die Mieten in bundeseigenen Wohnungen an der unteren Grenze der ortsüblichen Vergleichsmiete zu orientieren haben, aufzuheben? |
| 30. Abgeordnete
Hannelore
Roedel
(CDU/CSU) | Wird die Bundesregierung die Verwaltungsvorschrift aus der Vorschriftensammlung Bundesfinanzverwaltung Abschnitt VV 1032 für Ballungsräume mit extrem hohem Mietniveau vor dem Hintergrund der bereits erfolgten Mietpreissteigerungen wie z. B. in München wieder in Kraft setzen, oder welche anderen Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Entlastung der betroffenen Mieter? |
| 31. Abgeordneter
Dr. Jürgen
Gehb
(CDU/CSU) | Welches Spendenaufkommen wurde nach Kenntnis der Bundesregierung durch den Verkauf der Zuschlagsmarke „50. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953“ bis zum 31. Dezember 2003 erzielt, und mit welchem Spendenaufkommen wird im Jahr 2004 noch durch den Verkauf der Zuschlagsmarke gerechnet? |

32. Abgeordneter
Dr. Jürgen Gehb
(CDU/CSU)
- Welche Institutionen werden in welcher Höhe Finanzmittel aus den erwarteten Zuschlagserlösen aus dem Verkauf der Zuschlagsmarke „50. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953“ nach Kenntnis der Bundesregierung empfangen?
33. Abgeordneter
Jochen-Konrad Fromme
(CDU/CSU)
- Welche Institutionen haben nach Kenntnis der Bundesregierung beantragt, Zuwendungen aus den Zuschlagserlösen des Verkaufs der Zuschlagsmarke „50. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953“ zu erhalten, und nach welchen Kriterien hat bzw. wird die Bundesregierung über die Verwendung der Zuschlagserlöse entscheiden?
34. Abgeordneter
Jochen-Konrad Fromme
(CDU/CSU)
- Welche Institutionen bzw. Personen waren außerhalb der Bundesregierung an der Beratung über den Empfängerkreis und die Verwendung der erwarteten Zuschlagserlöse aus dem Verkauf der Zuschlagsmarke „50. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953“ beteiligt?
35. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass Finanzdienstleister nach der neuen Vergabeordnung über die Erhebung der Gebühren nach dem Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz vom 17. Dezember 2003 eine jährliche Gebühr praktisch unabhängig von der Größe eines Betriebes und des Umsatzes leisten müssen?
36. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)
- Wenn ja, wie rechtfertigt sich die Gebührensteigerung innerhalb von 1,5 Jahren?
37. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)
- Gedenkt die Bundesregierung in diesem Frühjahr einen Gesetzentwurf für eine große Steuerreform mit radikaler Steuervereinfachung vorzulegen?
38. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
- Lehnt die Bundesregierung weiterhin die Einführung eines reduzierten Mehrwertsteuersatzes für die von starken Umsatzeinbrüchen betroffene deutsche Gastronomie ab, obwohl die Europäische Kommission empfohlen hat, den Mitgliedstaaten die Möglichkeit einzuräumen, den reduzierten Mehrwert-

steuersatz für die Gastronomie anwenden zu können, andere Mitgliedstaaten, wie z. B. Frankreich, dies vehement befürworten und im Hinblick auf die EU-Osterweiterung eine weitere Verschärfung der Wettbewerbssituation zu erwarten ist, und wenn ja, warum?

39. Abgeordneter
**Albert
Rupprecht
(Weiden)**
(CDU/CSU)

Mit welcher Argumentation vertritt die Bundesregierung gegenüber der EU-Kommission ihre Position, die EU-Erweiterung stringent vorantreiben zu wollen und zugleich das EU-Ausgabenvolumen auf 1 % der Wirtschaftsleistungen (BNE) zu beschränken?

40. Abgeordneter
**Albert
Rupprecht
(Weiden)**
(CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung angesichts des mehrfachen Verfehlens der EU-Stabilitätskriterien hintereinander und angesichts der diesbezüglich wiederholten Fehleinschätzungen, nun für die Folgejahre Einschätzungen fundierter treffen zu können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

41. Abgeordneter
**Georg
Girisch**
(CDU/CSU)

Wie ist die Haltung der Bundesregierung dazu, die nördliche Oberpfalz (Stadt Weiden, Landkreise Neustadt/WN und Tirschenreuth) als eine „Innovationsregion“ zu benennen, nachdem die Bayerische Staatsregierung (z. B. in den Oberpfälzer Nachrichten vom 19. Januar 2004) öffentlich angekündigt hat, die Bewerbung dieses Gebietes als Modellregion gegenüber der Bundesregierung zu unterstützen?

42. Abgeordneter
**Georg
Girisch**
(CDU/CSU)

Nach welchen Kriterien soll die Festlegung der „Innovationsregionen“ erfolgen, und welches Gewicht hat in diesem Zusammenhang die Zusicherung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder vom Dezember 2000 in Weiden, ein Grenzgürtelprogramm für die bayerischen Gebiete entlang der EU-Erweiterungsgrenze aufzulegen?

- | | |
|---|---|
| 43. Abgeordneter
Uwe Schummer
(CDU/CSU) | Gedenkt die Bundesregierung die wirtschaftlichen Beziehungen zu China auszuweiten, und welchen Stellenwert haben dabei die grundlegenden Menschenrechte wie das Verbot von Kinderarbeit und Zwangsarbeit? |
| 44. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU) | Welche Auswirkungen der EU-Osterweiterung sieht die Bundesregierung auf die Chancen deutscher Busunternehmen, insbesondere des Mittelstandes, bei öffentlichen Ausschreibungen auf europäischer Ebene? |
| 45. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU) | In welchem Umfang werden nach Auffassung der Bundesregierung deutsche Busunternehmen nach der EU-Osterweiterung durch die Tätigkeit von Busunternehmen aus den EU-Beitrittsländern in Deutschland vom Markt verdrängt werden? |
| 46. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos) | Welche Projekte im Ausland sind der Bundesregierung bekannt, für die die Westdeutsche Landesbank (WestLB) eine Hermes-Bürgerschaft beantragt hat, und inwieweit unterstützen diese Projekte die Grundsätze und Interessen der Bundesrepublik Deutschland? |
| 47. Abgeordneter
Hartmut Schauerte
(CDU/CSU) | Trifft es zu, dass der Virtuelle Arbeitsmarkt (VAM) technische Probleme hat, die den Betrieb und die im Dezember 2003 der Öffentlichkeit vorgestellten Funktionalitäten massiv beeinträchtigen (vgl. DIE WELT vom 23. Januar 2004, Handelsblatt vom 21. Januar 2004), und trifft es zu, dass die Vermittlungsergebnisse des VAM schlechter sind, als bei dem von der Bundesagentur für Arbeit geförderten System Wimmi? |
| 48. Abgeordneter
Hartmut Schauerte
(CDU/CSU) | Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Vergabe von externen Beratungsleistungen im Zusammenhang mit dem VAM vor, und gibt es hier Auffälligkeiten? |

